

Albert Maria Lehr (1913–1997) **Gründervater der Badischen CDU – Vorkämpfer für den Südweststaat und erster Wirtschaftsförderer Freiburgs**

Michael Kitzing

Einleitung

Seine ganz persönliche Stunde Null, so berichtete der Freiburger Bauingenieur Albert Maria Lehr auf einem Kolloquium anlässlich der 50. Wiederkehr des Kriegsendes im Jahr 1995¹, habe er bereits am 30. November 1944 erlebt. An diesem Tag war er als dienstuntauglich aus der Wehrmacht in seine damalige Heimatgemeinde Lenzkirch, in die er während des Krieges zeitweilig dienstverpflichtet worden war, entlassen worden. Die Heimfahrt fand unter Lebensgefahr statt: Der Zug von Ulm nach Neustadt im Schwarzwald benötigte sieben Stunden und musste mehrfach wegen drohender Tieffliegerangriffe angehalten und evakuiert werden. In diesem Augenblick sei ihm persönlich klar geworden, „dass der Zusammenbruch nicht mehr weit entfernt sein konnte“. Eine Vorstellung über den Neuaufbau, überhaupt wie die bedingungslose Kapitulation aussehen werde, habe er jedoch ebenfalls nicht besessen.

Auf jeden Fall aber, so seine Überzeugung, müsse es die Aufgabe der Deutschen sein, ihr Schicksal, soweit es die Besatzungsmächte zuließen, selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen: „Ich nahm mir bei meiner Heimkehr vor, mit eiserner Disziplin jeden Tag mindestens eine Stunde darüber nachzudenken, was nach dem verlorenen Krieg von unserer Seite geschehen müsse. Dies tat ich auch und schrieb mir jeden Tag das Überdachte auf.“² Dabei habe er in seinen „täglichen Nachdenkstunden“ das gesamte politische Spektrum durchgedacht, so dass gleichermaßen Gedanken über die Neuformierung des Parteiensystems, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und schließlich eine etwaige Säuberung in der Lehrerschaft zusammengetragen worden seien. Allerdings, so musste Lehr eingestehen, könne er diese Gedanken nicht mehr im Detail vorweisen, da er seine täglichen Eintragungen einige Wochen vor dem Einmarsch der Franzosen vernichtet habe, aus Furcht, das Buch könne fanatisierten Nationalsozialisten in der Endphase des Krieges in die Hände fallen.³

1 Demokratischer Neuanfang. Herbst 1945. Zeitzeugengespräch: Mittwoch, 8. November 1995 um 20.00 Uhr im Bürgerhaus Zähringen. Manuskript in: Staatsarchiv Freiburg (StAF), NL Lehr, Nr. 7. – Die Anregung zur Beschäftigung mit A. M. Lehr verdanke ich meiner geschätzten Kon-Stipendiatin und Freundin Madline Gund; Dank zudem an Christof Lehr für zweckdienliche Hinweise bei der Beschäftigung mit seinem Vater.

2 Zitate: Demokratischer Neuanfang, S. 1.

3 Ebd., S. 2.

Albert Maria Lehr machte sich also noch vor dem Ende des Krieges sehr konkrete Gedanken über die Neuformierung von Staat und Gesellschaft in Deutschland, ohne freilich zu wissen, unter welchen, letztlich von den Besatzungsmächten vorgegebenen Voraussetzungen ein solcher Neuaufbau würde stattfinden können. Genauso wenig war klar, inwiefern der gerade einmal 31 Jahre alte Lehr, der auf keinerlei politische Erfahrungen aus der Weimarer Zeit zurückblicken konnte, eine aktive Rolle bei der Neugestaltung der deutschen Demokratie, ganz gleich auf welcher Ebene, würde spielen können. Immerhin konnte er für sich in Anspruch nehmen, seine Schulzeit in einem demokratischen Staat unter den Voraussetzungen geistiger Freiheit durchlebt zu haben, außerdem war er politisch unbelastet.

Tatsächlich wurde Lehr schon 1945 von den Franzosen zum Bürgermeister der Schwarzwaldgemeinde Lenzkirch ernannt, was für ihn in der Folgezeit den Ausgangspunkt für ein weiterführendes politisches Engagement auf Landes- und Kommunalebene bilden sollte. Von dieser Position ausgehend konnte er zunächst die Gründung der CDU im Kreis Neustadt und schließlich im Land Baden vorantreiben, später sollte er als Mitglied des Bundes- und Landesvorstandes der Jungen Union, als Generalsekretär der „Vereinigung für Baden-Württemberg“ und schließlich als streitbarer Freiburger Stadtrat für knapp zwei Jahrzehnte eine dominierende Rolle in der südbadischen bzw. badenwürttembergischen Landes- und der Freiburger Kommunalpolitik einnehmen. Auffällig ist, dass Lehr, der sich durch ein großes Maß an Tatkraft und als hervorragender Organisator auszeichnete, der es immerhin bis zum stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands bringen sollte und der schließlich der wichtigste Vorkämpfer für die Südweststaatsidee im Land Baden wurde, nie Abgeordneter oder, wie von ihm zeitweilig angestrebt, Regierungspräsident oder Freiburger Oberbürgermeister, wurde. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass Lehr eine Persönlichkeit war, die es liebte, „gegen den Strom zu schwimmen“⁴ und neue Wege zu gehen, die sich in den meisten Fällen als gangbar und zukunftsfruchtig erweisen sollten, womit er allerdings auch bei vielen Zeitgenossen auf Ressentiments und Widerspruch traf.

Dieser Aufsatz möchte den 100. Geburtstag des Freiburger Kommunal- und Landespolitikers zum Anlass nehmen, dessen Verdienste eingehender zu würdigen⁵. Im Mittelpunkt sollen dabei seine Tätigkeit in der Jungen Union Ba-

4 So die Würdigung Lehrs durch den Freiburger Bürgermeister Sven v. Ungern-Sternberg anlässlich des 80. Geburtstages von Albert Maria Lehr, in: 80 Lebensjahre. Rückblicke und Dank. Matinee aus Anlass des 80. Geburtstages von Dr. Albert Maria Lehr. 14. August 1993 im historischen Kaufhaus der Stadt Freiburg. Freiburg i. Br. 1993, S. 40.

5 Eine wissenschaftliche Darstellung der politischen Tätigkeit Lehrs steht bisher aus. Biografische Abrisse beschränken sich auf kleinere Artikel anlässlich von Geburts- und Sterbetagen, so bspw. Heinz Dieter Popp: Erster Förderer der Wirtschaft, in: Badische Zei-

den, sein Engagement für den Südweststaat und schließlich für die Industrieansiedlung in der Breisgaumetropole stehen.

1. Herkunft – Ausbildung – Beruf

Albert Maria Lehr wurde im Jahr 1913 in eine tief katholisch geprägte große Freiburger Familie hineingeboren⁶ und engagierte sich bereits während seiner Schulzeit in der katholischen Jugendbewegung, genauer gesagt im Bund Neudeutschland.⁷ Nach dem Abitur am Bertholds-Gymnasium in Freiburg 1932 studierte er zunächst sechs Jahre Theologie in Freiburg; jedoch wurde das Studium durch eine längere Erkrankung unterbrochen (1935–1937), so dass sich Lehr schließlich 1938 zum Abbruch entschloss, um an die Technische Universität Stuttgart zu wechseln und hier gleich seinem Vater Ingenieurwissenschaften zu studieren. Dieses Studium konnte er 1942 erfolgreich abschließen.

Während seiner gesamten weiteren beruflichen wie politischen Tätigkeit hat Lehr stets eine Verbindung von Theorie und Praxis angestrebt und aus diesem Grund seine Studien lebenslang fortgesetzt. Ein erster Promotionsversuch an der Universität Wien 1944 scheiterte jedoch daran, dass zu dem für die mündliche Prüfung angesetzten Zeitpunkt bereits die Russen in Wien einmarschiert waren. In den fünfziger Jahren hat Lehr nochmals Theologie in Freiburg gehört, anschließend studierte er in Basel Volkswirtschaft, Philosophie und Archäologie, u. a. bei Edgar Salin und Karl Jaspers. Das neuerliche Studium konnte 1961 mit der Promotion abgeschlossen werden. In den 1980er Jahren nahm Lehr erneut seine theologischen Studien auf, nunmehr an der Universität Fribourg in der Schweiz.

Frühe berufliche Erfahrungen konnte Lehr ab 1941 als Mitarbeiter einer Stuttgarter Baufirma sammeln, wobei er sich insbesondere als Fachmann für Holzkonstruktionen einen Namen machte. Doch bereits ein Jahr später wurde er zur Tätigkeit in einem kriegswichtigen Betrieb in Lenzkirch dienstverpflichtet, in dem er bis zum Ende des Krieges verblieb. Die Einberufung zur Wehrmacht 1944 blieb Episode, da Lehr gesundheitlich vorbelastet war und folglich als dienstunfähig eingestuft wurde.

tung, 14. August 1993; zum politischen Tätigkeitsbereich/Umfeld Lehrs vgl. Peter Fäßler: *Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952)* (Menschen und Strukturen 7). Frankfurt/Main 1995; Paul-Ludwig Weinacht/Tilman Mayer: *Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981*. Sigmaringen 1982; Eberhard Konstanzer: *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg 1945–1952. Unter besonderer Berücksichtigung des Landes Württemberg-Hohenzollern*. Stuttgart 1969; Carola Bury: *Der Volksentscheid in Baden* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: 271). Frankfurt/Main u. a. 1985.

6 Die nachfolgende zusammenfassende Darstellung von Lehrs Ausbildung und beruflichem Lebensweg folgt Lehr: *Dank und Rückblick*, in: *80 Lebensjahre*, S. 46–64.

7 Vgl. ebd., S. 56f.

In der Nachkriegszeit hat Lehr schließlich ab 1946 ein Bauberatungs- und Ingenieurbüro in Freiburg aufgebaut, das bei Lehrs 80. Geburtstag im Jahr 1993 dreißig Angestellte hatte und den Aufbau Freiburgs in den ersten Nachkriegsjahrzehnten maßgeblich geprägt hat. So war Lehr am frühen Wiederaufbau des Freiburger Stadttheaters beteiligt – nicht nur als Ingenieur, sondern auch als Initiator eines Freundeskreises, der sich darum bemühte, Mittel für den kulturellen Neubeginn im Stadttheater einzusammeln. Die Freiburger Stadthalle wurde von Lehr entworfen und zahlreiche Brücken sind nach seinen Planungen entstanden; zu nennen ist dabei vor allem die so genannte Stadtbahnbrücke, welche die Altstadt mit den Stadtteilen westlich der Bahnlinie verbindet.⁸

2. Vom „Bürgermeister wider Willen zu einem der CDU-Gründungsväter“

Der Beginn der politischen Karriere Lehrs fällt in den April 1945, als er auf Vorschlag eines Berliner Emigranten, der es in der französischen Armee bis zum Leutnant gebracht hatte, zum Bürgermeister der Schwarzwaldgemeinde Lenzkirch ernannt wurde. Hatte Lehr das Amt zunächst nur widerstrebend angenommen, so besaß er gleichwohl das Selbstbewusstsein, sofort klarzustellen, dass er als Bürgermeister von Lenzkirch Bürgermeister der Deutschen und nicht der Franzosen sein wolle.⁹ Wenn auch dieser Ausspruch zunächst akzeptiert wurde, war damit die Grundlage für zukünftige Konflikte gelegt.

Das Amt des Bürgermeisters von Lenzkirch hatte selbstverständlich alles andere als hochpolitischen Charakter und erschien kaum dazu geeignet, weitgesteckte politische Ambitionen und Ziele zu verfolgen und grundsätzliche Programme für die Ausgestaltung der Nachkriegszeit zu erarbeiten. Vielmehr galt es, die unmittelbaren Nachkriegsprobleme zu schultern und der allseits herrschenden Not einigermmaßen Herr zu werden. Dennoch werden bereits in dieser Funktion grundsätzliche Eigenschaften Lehrs deutlich, die für seine gesamte weitere politische Laufbahn prägend werden sollten. Zum einen verfügte Lehr über großes Organisationstalent und ein hohes Maß an Unnachgiebigkeit, das ihm ermöglichte, seine politischen Ziele in vielen Fällen erfolgreich durchzusetzen. Dieses Organisationstalent wurde in Lenzkirch auch dringend gebraucht: Die gerade 1.500 Einwohner große Gemeinde musste während der ersten Nachkriegswochen über 3.000 Flüchtlinge, Angehörige der Besatzungs-

8 Vgl. Sven v. Ungern-Sternberg: Um unsere Stadt verdient gemacht, in: 80 Lebensjahre, S. 37–44, hier S. 41f.

9 Demokratischer Neuanfang, S. 3f; vgl. auch Waltraud Schwarz: Bürgermeister wider Willen wurde zu einem der CDU-Gründerväter, in: Südkurier Nr. 117, 22. März 1995; Interview mit Herrn Lehr am 3. Januar 1990, geführt von Herrn Hörmann, Manuskript eines Gespräches auf Tonband, hier Tonband I, Tonbandseite I S. 1, in: StAF NL Lehr, Nr. 6.

truppen sowie ehemalige Zwangsarbeiter beherbergen und versorgen.¹⁰ Zugleich sah sich die Gemeinde unkontrollierten Plünderungen durch französische Einheiten ausgesetzt, deren Abstellung oberstes Ziel des neuen Bürgermeisters sein musste. Um dieses Ziel zu erreichen, habe er sich nahezu täglich mit Protestschreiben an das Militärgouvernement gewandt, solange, bis er den dortigen Behörden gleichsam auf die Nerven gefallen sei und man endlich gegen die Plünderer vorgegangen sei.¹¹

Neben seinem Organisationstalent und Einfallsreichtum wurde aber bereits in Lenzkirch klar, dass Lehr bedingungslos für die von ihm als richtig anerkannten Ziele eintrat und dabei Konflikten mit vorgesetzten Stellen keineswegs aus dem Weg ging. Dies sollte sich wie ein roter Faden durch seine gesamte politische Biografie ziehen und am Ende zur Folge haben, dass Lehr zwar die von ihm angestrebten Ziele erreichte, politisch aber wiederholt „kaltgestellt“ wurde.

In Lenzkirch befand sich Lehr im Dauerkonflikt mit der französischen Sicherheitspolizei, was schließlich im Oktober und Dezember 1945 zur zweimaligen Verhaftung führte. Zudem musste Lehr sein Amt als Bürgermeister von Lenzkirch aufgeben und wurde aus dem Kreis Neustadt ausgewiesen.¹² Aus diesem Grund zog er mit seiner jungen Familie wieder in seine Vaterstadt Freiburg, wo er eine maßgebliche Rolle bei der Gründung der Badisch-Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV), der Vorläuferin der örtlichen CDU, spielte.

Bereits zuvor hatte sich Lehr auf diesem Feld eingeschaltet und aktiv die Gründung der späteren CDU im Kreis Neustadt betrieben, wobei gerade hierfür die Position als Bürgermeister von Lenzkirch einen gewissen Startvorteil geboten hatte: Mehr noch als Lehr war es der Journalist Peter Pfeiffer, der zum maßgeblichen Gründervater der CDU Neustadt werden sollte und dessen Engagement es zu verdanken war, dass der an sich wenig bedeutende Schwarzwaldkreis neben Freiburg und Konstanz zu einem der Gründungszentren der CDU in Südbaden werden sollte.¹³ – Pfeiffer schaffte es sogar, dass Neustadt gegenüber Freiburg eine Vorreiterrolle einnehmen konnte. Als überaus günstig erwies sich hierbei, dass Pfeiffer das Vertrauen des örtlichen Militärkommandanten in Neustadt gewinnen konnte, ja sogar ausdrücklich von diesem zum

10 Schwarz: Bürgermeister wider Willen.

11 Demokratischer Neuanfang, S. 4.

12 Ebd., S. 4, 8; zu den Auseinandersetzungen Lehrs mit der französischen Besatzungsmacht vgl. auch Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 10ff.

13 Zum Engagement Peter Pfeiffers und dem Kontakt zu Lehr vgl. Demokratischer Neuanfang, S. 4f.; Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 14; zur Gründungsgeschichte der CDU im Kreis Neustadt vgl. Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 121–127; vgl. zudem Paul-Ludwig Weinacht: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2). Stuttgart 1978, S. 83–112, hier S. 85–87; Fäßler: Badisch, christlich und sozial, S.71–77.

Referenten für Presse und Parteien im Kreis Neustadt bestimmt wurde. Dies ermöglichte Pfeiffer, sich innerhalb des Kreises frei zu bewegen und im Gespräch mit den Bürgermeistern des Kreises für sein Konzept einer christlich-sozialen Volkspartei zu werben oder anders gesagt: Pfeiffer hatte, bedingt durch die Gunst des Neustädter Kommandanten, die Möglichkeit, bereits im Spätsommer/Herbst 1945 die Gründung der CDU im Hochschwarzwald erfolgreich voranzutreiben – und dies zu einem Zeitpunkt, als Parteigründungen in der französischen Besatzungszone grundsätzlich untersagt waren. So wurden zum gleichen Zeitpunkt in Freiburg Versammlungen, die Parteigründungen zum Ziel hatten, bestenfalls geduldet, dann aber grundsätzlich überwacht; sie konnten jederzeit ohne Angaben von Gründen aufgelöst werden.¹⁴

Im Gespräch kamen sich Lehr und Pfeiffer sehr schnell näher und waren sich einig in dem Bestreben, eine große überkonfessionelle christliche Volkspartei zu gründen. Infolge der von Christen beider Konfessionen in der Zeit des Dritten Reiches erlittenen Unterdrückung und Verfolgung sowie der Erfahrungen der Weimarer Zeit erschien eine solche Parteigründung beiden als eine absolute Notwendigkeit, sah Lehr doch im Vorhandensein von 24 Parteien einen maßgeblichen Grund für den Untergang der Weimarer Republik.¹⁵

Nach dem erzwungenen Umzug nach Freiburg hatte Lehr nunmehr auch dort die Möglichkeit, für seine Zukunftsvorstellungen zu werben: Denn in Freiburg war die Entscheidung für die Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei noch keineswegs gefallen.¹⁶ Vielmehr rivalisierten hier zwei verschiedene Kreise miteinander: Einerseits hatte sich in der Pfarrei St. Johann in der Wiehre eine Gruppe um Prälat Ernst Föhr gefunden, der als letzter Vorsitzender der Badischen Zentrumsparterie die Tradition einer rein katholischen Partei wieder aufleben lassen wollte und in erheblichem Maße das Vertrauen der französischen Besatzungsmacht genoss. Demgegenüber hatte sich an der Freiburger Universität die so genannte „Christliche Arbeitsgemeinschaft“ gebildet, der Professoren angehörten, die z. T. den Freiburger Widerstandskreisen entstammten und die sich wie Lehr für den Gedanken einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei einsetzten.¹⁷ Lehr hat sich in die Diskussionen in Freiburg eingemischt und auch hier durchaus in Auseinandersetzungen mit älteren

14 Vgl. Roland Peter: Vor 50 Jahren demokratischer Neuanfang in Südbaden, in: Badische Zeitung Nr. 246, 24. Oktober 1995.

15 Demokratischer Neuanfang, S. 4f.; Schwarz: Bürgermeister wider Willen.

16 Zu den im Folgenden geschilderten parteipolitischen Verhältnissen in Freiburg vgl. den Überblick bei Peter: Vor 50 Jahren. Ausführlich zu den Anfängen der CDU in Freiburg vgl. Hans Georg Wieck: Christliche und freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 10). Düsseldorf 1958, S. 101–119; Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 59–71; Fäßler: Badisch, christlich und sozial, S. 78ff.

17 Vgl. Paul-Ludwig Weinacht: Die christliche Arbeitsgemeinschaft in Freiburg i. Br., in: Freiburger Universitätsblätter 27 (1988) 102, S. 53–68.

Zentrumsanhängern für den „Aufbau einer möglichst alle Schichten des Volkes umfassenden großen Partei“ auf der Grundlage eines gemeinsamen christlichen Bewusstseins geworben.¹⁸ Freilich hat am Ende nicht Lehr, sondern Erzbischof Conrad Gröber den Ausschlag gegeben, der von Beginn an vorbehaltlos das Konzept der „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“ unterstützt hatte und damit gedroht haben soll, sich notfalls selbst an die Spitze einer überkonfessionellen Volkspartei zu setzen.

Somit konnte letztlich auch in Freiburg das Konzept der Union durchgesetzt werden. Gleichwohl waren die Freiburger und südbadische CDU in ihrer Anfangsphase keineswegs eine einheitliche Partei, vielmehr blieben etwa über ein Jahrzehnt lang Spannungen zwischen Protestanten und Katholiken bestehen, die sich, wie Lehr noch erfahren sollte, insbesondere mit der Diskussion um die Südweststaatsgründung verquickten.

3. Spitzenvertreter der Jungen Union und Generalsekretär der Vereinigung Baden-Württemberg

In der Freiburger CDU ist Lehr bereits nach kurzer Zeit in den Vorstand aufgerückt, vor allem aber hat er die Entwicklung der politischen Nachwuchsorganisation in der Landschaft Freiburg bzw. im Land Südbaden geprägt.¹⁹ Zudem gelang es Lehr als stellvertretender Bundesvorsitzender, auch überregional, zu einem der Spitzenrepräsentanten der Jungen Union (JU) aufzusteigen.

Die Mitglieder der von Lehr geprägten Jungen Union/Landschaft Freiburg gingen dabei mit einem hohen Maß an Idealismus ihre neue Parteigründung an. Man wollte nicht nur jung sein. Jung bedeutete zugleich „radikal sein können – (denn) was ist christliche Politik anders als radikale = gründliche, wurzelhafte Politik?“²⁰ Gefordert wurde eine „moralische Aufrüstung“, in deren Rahmen absolute Reinheit, Ehrlichkeit, Selbstlosigkeit und Liebe als Bestandteil christlicher Überzeugung auf allen Gebieten der Politik Einzug halten sollten.²¹ Kritik wurde folglich an den christlichen Jugendverbänden geäußert, bei denen es sich zwar häufig um Elitegruppen handle – „aber es ist geradezu eine Tragik, dass sie sich für alle und alles interessieren, nur nicht für die Pflicht zur Übernahme politischer Verantwortung“²². Zwar, so räumte die Junge Union Freiburg ein, könne es eine Politik, die vollkommen christlichen Idealen folge, niemals geben. Gleichwohl sei es eine Christenpflicht, sich wenigstens für die

18 Vgl. Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 64.

19 Zum Engagement Lehrs in der Jungen Union vgl. StAF NL Lehr Nr. 1.

20 Die Junge Union in der CDU Baden, Landschaft Freiburg, Landschaftsbrief 1, Freiburg i. Br. 29. September 1948, in: StAF NL Lehr Nr. 1

21 Ebd.

22 Junge Union in der CDU Baden, Landschaft Freiburg, Landschaftsbrief 2 Freiburg i. Br. 3. November 1948, in: StAF NL Lehr Nr.1

„bestmögliche Verwirklichung christlicher Anschauungen im öffentlichen Raum“ einzusetzen. Der junge Christ müsse daher den Mut haben, auch in der politischen Arena anzutreten.²³

Von diesem hohen moralischen Impetus getragen, setzten Lehr und seine Mitstreiter Heinz Müller-Brandeck (Vorsitzender JU Landschaftsverband Freiburg), Herbert Hellmann (Vorsitzender Landesverband Baden) und Hans Ziegler (Generalsekretär JU Deutschland), den Schwerpunkt ihrer Arbeit vor allem im Bereich der Sozialpolitik. Gleich in einem der ersten Rundschreiben wurde das Thema „Flüchtlingspolitik und Tuchfühlung“ behandelt, wobei äußerst intensiv und Anteil nehmend die erschütternden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen Flüchtlinge bzw. Heimatvertriebene leben mussten, dargestellt wurden.²⁴ Zugleich wurde ein an die Staatsregierung gerichteter Forderungskatalog erarbeitet, mit dessen Hilfe die Situation der Flüchtlinge verbessert werden sollte. Gefordert wurde hier u. a. die Freigabe von Baumaterial zur Errichtung von neuen Wohnräumen, die Vorrang vor dem Bau von Geschäftsräumen haben sollte; ebenso sollten Prämien für aufnahmebereite Familien gezahlt werden sowie Gasthäuser geschlossen und zu Wohnbauten umgewandelt werden. Es wurde sogar gefordert, den willkürlichen Holzeinschlägen der Besatzungsmacht entgegenzutreten und stattdessen langfristige Lieferverträge mit dieser abschließen, um Planungssicherheit zu gewinnen.

Die sozialpolitischen Forderungen bildeten auch in den kommenden Rundbriefen, dem ersten Publikationsorgan der JU-Landschaft Freiburg, ein regelmäßig angesprochenes Thema.²⁵ Neben den Flüchtlingen waren es beispielsweise die Sorgen der Heimkehrer und Kriegsinvaliden, mit denen sich die Freiburger Nachwuchspolitiker wiederholt und intensiv auseinandersetzten.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Freiburger JU bzw. Lehrs, der sich auf diesem Gebiet besonders engagierte, war die Forderung nach einem „gleichberechtigten Zusammenschluss der europäischen Staaten zur europäischen Union“. Dabei war es Lehr, der 1950 als Mitglied des Bundesvorstandes die Mitarbeit auch der südbadischen JU an der Auslandsarbeit der JU Deutschlands intensivierte.²⁶ So fand beispielsweise im Juni 1950 ein Treffen zwischen christlichen Nachwuchspolitikern Österreichs, Deutschlands und der Schweiz statt, das in Luzern Fragen des Föderalismus in den drei deutschsprachigen Ländern erörterte. Um den Gedanken der europäischen Einheit zu stärken, nahmen Vertreter der JU Baden schon 1949 an einem Kongress christlich demokratischer Nachwuchspolitiker in Hofgastein in Österreich teil. Im Jahr

23 Ebd.

24 Hierzu wie auch zum Folgenden, ebd.

25 Vgl. u. a. Schreiben Junge Union in der CDU Baden, Landessekretariat an die Mitglieder des Landesrates der Jungen Union, Freiburg i. Br. 10. Juli 1950, in: StAF NL Lehr Nr. 1.

26 Ebd.

1950 wurde ein entsprechender Kongress schließlich in Konstanz abgehalten, wobei auch hier Fragen des zusammenwachsenden Europas und der kommunalen Selbstverwaltung erörtert werden sollten.²⁷ Dieses starke Engagement für den europäischen Gedanken und den internationalen Ausgleich entsprach freilich dem Trend der Zeit, stand aber dennoch in einer Tradition, die bereits die Badische Zentrumspartei und insbesondere der Vorsitzende des Konstanzer Zentrums, Hugo Bauer, in der Weimarer Zeit gepflegt hatten. Auch damals hatten schon in Konstanz regelmäßig internationale Konferenzen stattgefunden, die sich mit Fragen der Völkerverständigung und des internationalen Ausgleichs wie auch mit Fragen des Föderalismus, der Selbstverwaltung der Kommunen sowie internationalen Problemen der Wirtschafts- und Sozialordnung auseinandergesetzt hatten.²⁸

Besonders kam es Lehr und der JU Freiburg darauf an, den Ausgleich mit Frankreich bereits im Kleinen beginnen zu lassen, so z. B. wenn das Gespräch mit dem örtlichen französischen Kommandeur in Freiburg gesucht und dieser speziell über Probleme der Jugend informiert wurde.²⁹

Neben diesen klaren Schwerpunkten auf Sozial- und Europapolitik war die Geschichte der Freiburger JU jedoch in erster Linie vom Konflikt mit der Mutterpartei und vor allem mit Staatspräsident Leo Wohleb geprägt. So wurde der CDU-Parteispitze vorgeworfen, durch ihr Auftreten die junge Generation zu verprellen, ja die Spitze der CDU Südbaden wurde regelmäßig seitens der JU Freiburg dafür verantwortlich gemacht, dass gerade in der jüngeren Generation ein stetiges Nachlassen des politischen Interesses zu verzeichnen sei.³⁰ Interessant ist hierbei die Definition der Jüngerer. Damit war in erster Linie die Generation der Dreißig- bis Vierzigjährigen gemeint, die immerhin noch wie Lehr ihre Schulzeit in der Weimarer Republik durchlaufen hatten und somit durch die Erziehung eines demokratischen Staatswesens und nicht durch die des NS-Staates geprägt waren. Gerade diese Generation strebte nun nach politischer Betätigung und verstand sich gleichsam als Mahner für die Durchsetzung wahrhaft demokratischer Werte, auch oder gerade gegenüber der Parteispitze.

27 Über die gemeinsamen Aktivitäten mit Vertretern der christlichen Jugend aus Frankreich, Österreich und der Schweiz berichtet Lehr im Rundschreiben Junge Union in der CDU Baden, Landessekretariat an die Mitglieder des Landesrates der Jungen Union, Freiburg i. Br. 10. Juli 1950, in: StAF NL Lehr Nr. 1; zum Engagement für die „Vereinigten Staaten von Europa“ vgl. auch Junge Union in der CDU Südbaden, Landschaft Freiburg, Landschaftsbrief Nr. 2, Freiburg 3. November 1948, in: StAF NL Lehr Nr. 1.

28 Vgl. Hugo Baur: Mein politischer Lebenslauf. Konstanz 1929, S. 51f.

29 Junge Union in der CDU Südbaden, Landschaft Freiburg, Landschaftsbrief Nr. 1, Freiburg i. Br. 29. September 1948, in: StAF Freiburg NL Lehr Nr. 1.

30 Hans Müller-Brandeck: Schlafen unsere Mitglieder; Entschließung über die Intensivierung des Lebens der CDU; Schreiben Hans Müller-Brandeck an Hellmann, Freiburg 4. Januar 1950; Schreiben Emil Geier an Hans Müller-Brandeck, Freiburg i. Br. 10. März 1949, alle Schreiben in: StAF NL Lehr Nr. 1.

So wurde der Freiburger Parteivorstand kritisiert, weil es in diesem Gremium seit seiner Konstituierung so gut wie nie zu kontroversen Diskussionen gekommen war, ja, so der Vorwurf der JU, man rühme sich im Freiburger Parteivorstand sogar, noch nie eine Kampfabstimmung durchgeführt zu haben.³¹ Kurz: Im politischen Führungssystem der CDU sei ein Stil eingekehrt, der „zu einer Gefahr des demokratischen Prinzips wird“.

Die JU sah nunmehr ihre Aufgabe darin, „das Gefühl einer tatsächlichen Mitbestimmung von unten her in der CDU lebendig werden zu lassen“, um auf diese Art und Weise das politische Interesse des Volkes zu erschließen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein umfassendes Programm für die Demokratisierung des Parteilebens erarbeitet.³² Zentral war hierbei der Gedanke, einer Ämterhäufung und Ämterreihung innerhalb der Partei entgegen zu wirken. Aus diesem Grund wurde gefordert, Doppelmandate aufzugeben, das hieß: Bundestagsabgeordnete sollten nicht zugleich dem Landtag angehören, ebenso sollten Landtagsabgeordnete nicht gleichzeitig in einen Gemeinderat oder Kreistag gewählt werden können. Auch sollte eine Verbindung von Amt und Mandat verboten werden, so dass Orts- und Kreisvorsitzende nicht auch noch über ein parlamentarisches Mandat, gleich auf welcher Ebene, verfügen sollten.

Um eine personelle Abschließung der Vorstände zu verhindern, sollte bei jeder Neuwahl des Vorstandes ein Drittel der Sitze vollständig neu besetzt werden. Ein basisdemokratisches Element wollte die JU schließlich auch noch dadurch einführen, dass der Einfluss des Vorstandes bei der Nominierung der Kandidaten für Bundes- und Landtagswahlen zurückgedrängt werden sollte.³³ Auch erwartete sich die JU von der Landesregierung, intensiv bei der Besprechung des Landtagswahlgesetzes eingebunden zu werden. Um auch hier den Einfluss der Parteivorstände zurückzufahren, wurde – mit Blick auf die Erfahrungen der Weimarer Zeit – selbstverständlich die Einführung des Persönlichkeitswahlrechtes, also des Mehrheitswahlrechtes, gefordert.³⁴

Wenngleich man Lehr und der JU Freiburg bescheinigen kann, ein hohes Maß an Engagement und Idealismus in die Politik eingebracht zu haben, so ist

31 Einige Gedanken zum Parteitag, ebd.

32 EntschlieÙung über die Intensivierung des Lebens der CDU, ebd. – Hier auch die im Folgenden vorgetragenen Forderungen und Gedanken.

33 Selbstverständlich vergaÙ die JU nicht, eine stärkere Berücksichtigung ihrer selbst bei der Zusammenstellung der Listen mit Nachdruck einzufordern, vgl. hierzu auch: Schreiben Junge Union in der CDU Baden, Landessekretariat an die Vorsitzenden und Vertrauensleute der Jungen Union: Zur Kandidatenfrage, Freiburg i. Br. 20. Januar 1951, ebd.

34 Zur Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlrechtes vgl. auch: Bitte des Landesrates der Jungen Union an Landesvorstand und Landtagsfraktion, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass ein Wahlgesetz auf der Grundlage der Persönlichkeitswahl beschleunigt verabschiedet wird, ebd.

die erste Gründung einer JU in Freiburg letzten Endes doch am massiven und fortgesetzten Konflikt mit dem Vorstand der CDU gescheitert.

Immerhin ist es gelungen, bereits in den ersten Nachkriegsjahren ein verhältnismäßig intensives politisches Leben bei der nicht mehr ganz jungen, aber doch jüngeren Generation zu entfachen. Hierzu gehörten zahlreiche politische Schulungsveranstaltungen und die Tatsache, dass junge interessierte politische Kräfte auf Probleme der Zeit, wie beispielsweise die Lage der Flüchtlinge und der Heimkehrer, mit großem Nachdruck aufmerksam gemacht wurden.³⁵ Auch die regelmäßige Herausgabe eines Rundbriefes zeugt vom politischen Engagement Lehrs und seiner Mitkämpfer, von denen viele im südbadischen Raum die kommunale Politik der kommenden Jahrzehnte prägen sollten.³⁶ Die Auflösung der JU Freiburg unter der Führung Lehrs erfolgte schließlich zum 31. Januar 1952: Anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens, so der Auflösungsbeschluss, habe man sich darüber Rechenschaft abgelegt, dass die JU Freiburg mit ihrem Wollen im Wesentlichen gescheitert sei. Das Streben der JU „nach größerer Wahrhaftigkeit, Volksnähe und tieferer christlicher Grundlegung der badischen CDU-Politik“ sei von der Parteispitze als lästige Opposition empfunden worden und mit Mitteln der Routine erfolgreich bekämpft worden. „Die JU Freiburg sieht daher keine Möglichkeit, in ihrer bisherigen Form das Erlebnis der christlichen Kriegsgeneration politisch fruchtbar zu machen und betrachtet ihr Weiterbestehen als sinnlos; sie hat daher beschlossen, sich aufzulösen.“³⁷ Jedoch sollte es mit dieser Erklärung in Freiburg nur zu einem Generationenwechsel kommen: „Der Auflösungsbeschluss wurde (...) nicht wirksam. Anton Dichtel sorgte für neue Leute, und Freiburg behielt seine JU.“³⁸

Gleichwohl sollte sich die Gruppe um Lehr, die sich zwischen 1947 und 1952 im JU Landschaftsverband Freiburg organisiert hatte, in einem für sie zentralen Streitpunkt mit der Spitze des CDU-Landesverbandes durchsetzen: Der Frage der territorialen Neugliederung im deutschen Südwesten, der infolge der Besatzungspolitik 1945 in die drei Länder (Süd-)Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden zerteilt war.

35 Zu den Aktivitäten der JU Freiburg vgl. die Landschaftsbriefe sowie Einladungen, in: ebd.

36 Neben Lehr, der selbst 17 Jahre dem Freiburger Gemeinderat angehörte, war von den Gründungsmitgliedern der JU Südbaden bzw. des JU Landschaftsverbandes Freiburg Heinz Bollinger ebenfalls über viele Jahre als Stadtrat in der Freiburger Kommunalpolitik engagiert; Herbert Hellmann wiederum rückte zunächst als Beisitzer in den CDU-Landesvorstand auf, bevor 1960 seine Wahl zum Landesschatzmeister erfolgte. Zudem wurde Hellmann Kurdirektor und Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Bad Krozingen. – Zum Freundeskreis Lehrs vgl. auch Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 4ff., 9.

37 Der Auflösungsbeschluss ist hinterlegt in: StAF NL Lehr Nr.1; vgl. auch Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 74.

38 Ebd.

Ab dem 1. Juli 1948 setzte eine überaus emotionale Diskussion über eine Gebietsreform im deutschen Südwesten ein.³⁹ Denn im Zusammenhang mit den Frankfurter Dokumenten übertrugen die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten nicht nur den Auftrag, eine westdeutsche Verfassung, das spätere Grundgesetz, auszuarbeiten, sondern auch eine Überprüfung der Ländergrenzen vorzunehmen. In der Folgezeit kam es zu allerdings schnell festgefahrenen Verhandlungen zwischen den drei südwestdeutschen Regierungen in Stuttgart, Tübingen und Freiburg. Während Stuttgart und Tübingen den Zusammenschluss der drei Nachkriegsländer anstrebten, plädierte die badische Regierung unter Leo Wohleb leidenschaftlich für die Wiederherstellung der Länder der Weimarer Republik, Baden und Württemberg.

Waren die Beratungen der Ministerpräsidenten über einen etwaigen Zusammenschluss am Ende erfolglos, so eröffnete Art. 118 des Grundgesetzes für den deutschen Südwesten noch vor der partiellen Erlangung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in den Pariser Verträgen von 1955 gleichwohl die Möglichkeit einer Territorialreform. Der Artikel sah vor, dass eine derartige Territorialreform – sollte es zu keiner Einigung zwischen den Regierungen kommen – auf dem Wege einer Volksabstimmung vollzogen werden konnte. Gerungen wurde dabei schon bald über die Art des Abstimmungsmodus. Die südbadische Regierung forderte hierbei eine Auszählung innerhalb der Grenzen der alten Länder Baden und Württemberg, ein Modell, das sich letztlich aber nicht durchsetzen konnte. Vielmehr verabschiedete der Bundestag am 25. April 1951 ein Gesetz, das entsprechend den Wünschen der Regierungen in Tübingen und Stuttgart die Einteilung Südwestdeutschlands in vier Abstimmungsbezirke (Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern sowie Nord- und Südbaden) vorsah. Sollte sich in drei der vier Abstimmungsbezirke eine Mehrheit für den Zusammenschluss der drei Nachkriegsländer aussprechen, so galt die gesetzliche Grundlage für die Schaffung des Südweststaates als erreicht.

Aufgrund dieses Abstimmungsmodus war von Beginn an klar, dass die Entscheidung über die Schaffung des Südweststaates in Nordbaden stattfinden würde: Bereits bei einer informatorischen Volksbefragung im September 1950 hatte sich in beiden württembergischen Abstimmungsbezirken eine klare Mehrheit für die Südweststaatsgründung ausgesprochen, während in Südbaden 57,4 Prozent der Wähler die Südweststaatsgründung ablehnten. Dagegen

39 Zu den rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung des Südweststaates vgl. Manfred Koch: Trümmerstadt, Residenz des Rechts, Zentrum der Technologieregion. Wechselvoller Weg in die Gegenwart, in: Susanne Asche/Ernst Otto Bräunche (Red.): Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Karlsruhe 1998, S. 519–675, hier S. 521–523; zum folgenden Abschnitt vgl. zudem Fabio Crivellari/Jürgen Klöckler/Patrick Oelze/Walter Rügert: „Baden am Scheideweg“. Konstanz und die Gründung des Südweststaates (Kleine Schriftenreihe des Stadtarchivs 1). Konstanz 2002, S. 37–47, 48–60.

galten die Mehrheitsverhältnisse im nordbadischen Abstimmungsbezirk als überaus knapp. Hier gab es insbesondere in den Grenzregionen (Pforzheim, Heidelberg) vehemente Befürworter einer Südweststaatslösung, andererseits gab es in der ehemaligen Residenzstadt Karlsruhe noch immer erhebliche Sympathien für das alte Land Baden.

Während Sozialdemokraten und Liberale sich letztlich mit breiter Mehrheit für die Gründung des Südweststaates aussprachen, die Kommunisten diese ablehnten, war die CDU in der Südweststaatsfrage tief gespalten.⁴⁰ Dabei lehnte die badische Staatsregierung unter der Führung Leo Wohlebs, Landtagspräsident Karl Person sowie maßgebliche Vertreter des Parteivorstandes, wie Oberlandesgerichtspräsident Paul Zürcher, ein Zusammengehen zwischen Baden und Württemberg grundsätzlich ab. Mit dieser Position stießen sie auf die Unterstützung zahlreicher CDU-Kreisverbände im Breisgau, im Hotzenwald und im Schwarzwald. Argumentativ begründet wurde die Haltung Wohlebs in sehr starkem Maße mit dem Heimatgedanken. Im Denken Wohlebs, so hat Karl Siegfried Bader argumentiert, hatte „dieser zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstandene (badische) Staat seine geschichtliche Aufgabe erfüllt und sei in der Lage, sie weiterhin zu erfüllen“⁴¹. Die Geschichte Badens stand dabei für die im Vormärz begründete demokratische Tradition, die ihren Höhepunkt in der Revolution von 1848/49 hatte, und die bis in die Gegenwart hinein ihre Verkörperung in Persönlichkeiten wie dem ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth fand. Baden stelle eine Brücke der Völkerverständigung zu Frankreich und der Schweiz dar, Baden war im Denken Wohlebs auch das Land, in dem, gegründet auf christlich-katholische Werte, dem Nationalsozialismus mit seiner preußisch-militaristischen Prägung bis zuletzt Widerstand entgegengesetzt worden sei. Baden bilde den Eckpfeiler im Föderalismus eines deutschen Staates.⁴² Es sei darüber hinaus ein „heiliges Land“ mit einer tief in der Tradition des Landes verwurzelten Bevölkerung.⁴³ Für Wohleb hieß es, Baden die Treue zu halten, an dessen Stelle niemals ein Südweststaat treten könne, der ein traditions- und seelenloses Gebilde darstelle.⁴⁴ Dabei wurde ein überaus negatives Bild von Württemberg gezeichnet, dessen Ziel es sei, Baden zu einer wirtschaftli-

40 Zu den Auseinandersetzungen über die Südweststaatsfrage in der CDU vgl. Bury: Volksentscheid, S. 88–97; Weinacht/Mayer: Ursprung, S. 234–244.

41 Karl Siegfried Bader: Über das Geschichtsbewusstsein Leo Wohlebs, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hg.): Leo Wohleb – Der andere politische Kurs. Dokumente und Kommentare. Freiburg 1975, S. 42.

42 Zum hier geschilderten Badenbild und der Betonung der badisch-demokratischen Tradition vgl. Crivellari/Klößler/Oelze/Rüger: Konstanz, S. 73f.

43 So die Argumentation in einem Flugblatt der CDU-Kreisgruppe Stockach/Meßkirch, in: StAF A2/9228; auch Bury: Volksentscheid, S. 132.

44 Vgl. Vom See bis an des Maines Strand – Die Stimme Dir mein Badnerland. Postwurfsendung an alle Haushaltungen, in: Bury: Volksentscheid, S. 132; zur Argumentation Wohlebs vgl. auch Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 16.

chen Kolonie herabzudrücken und sich der Ressourcen des Landes (Wasserspeicher im Hochschwarzwald) zu bemächtigen.⁴⁵

Diese Argumentation stieß bei den Anhängern einer Südweststaatsgründung – an erster Stelle der Konstanzer Bürgermeister und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Hermann Schneider, der Konstanzer Redakteur Eduard Sütterle und Albert Maria Lehr als Spitzenrepräsentant der Jungen Union – auf massiven Widerstand. Hier argumentierte man in erster Linie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus. „Es wäre geradezu grotesk, in der Südwestecke des ehemaligen Reiches ethnologisch, verkehrs- und wirtschaftspolitisch wie verwaltungsorganisatorisch völlig sinnlose Binnengrenzen zu stabilisieren bzw. aufzurichten.“⁴⁶ Vielmehr habe schon die Gegenwart gezeigt, dass die von den Franzosen geschaffenen Länder (Süd)baden und Württemberg-Hohenzollern alleine wirtschaftlich nicht überlebensfähig seien: „Das Land Baden bedarf eines besonderen Rückhalts im deutschen Hinterland, der in der engen Anlehnung an das stammesverwandte schwäbische Nachbarvolk gefunden werden kann.“⁴⁷ Anstatt der willkürlich gezogenen Grenzen der napoleonischen Zeit gelte es, ein starkes südwestdeutsches Bundesland zu schaffen, das auch auf Reichs- bzw. Bundesebene eine bedeutsame Rolle spielen könne und ein Gegengewicht zu anderen Flächenstaaten wie Bayern bilde. Zudem wurde eine schlanke Verwaltung angemahnt, den Luxus dreier Parlamente, Regierungen und Beamtenapparate könne man sich in der Gegenwart nicht mehr leisten.⁴⁸

Die Auseinandersetzungen über die etwaige Gründung eines Südweststaates drohten die CDU-Baden in zweierlei Hinsicht zu spalten: Zuerst war die Frage der Südweststaatsgründung ein Generationenkonflikt, denn die JU, ohnehin schon im Konflikt mit den „alten Herren“ des Parteivorstandes, bekannte sich mit großer Mehrheit gemeinsam mit den Nachwuchsorganisationen von SPD und Liberalen zum Zusammengehen von Baden und Württemberg.⁴⁹ Darüber hinaus konstatierte die JU jedoch auch „offene und versteckte Bestrebungen“⁵⁰, eine Aufspaltung der CDU in konfessionelle Parteien zu bewirken, verlief doch die Grenze zwischen Südweststaatsanhängern und Befürwortern zwischen den Konfessionen: Bezeichnenderweise sammelten sich die Südweststaatsanhänger, wenn auch nicht ausschließlich Protestanten, um den Konstanzer Bürgermeister Hermann Schneider (als Protestant während des Dritten Reiches Mit-

45 Vgl. Crivellari/Klößler/Oelze/Rügert: Konstanz, S. 75f.

46 Eduard Sütterle: Gedanken zur staatlichen Neuordnung zum Landesparteitag der CDU Baden in Freiburg vom 4.–6. Juni 1948, S. 2, in: StAF C5/1 Nr. 2757 BCSV bzw. CDU.

47 Ebd.

48 Ebd. – Auf derselben Linie bewegt sich auch die Argumentation der Schrift von Albert Maria Lehr: Baden am Scheideweg. Konstanz 1950.

49 Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe 69 NL Heinrich Köhler Nr. 10, Erklärung der Jugendorganisationen im Oktober 1948.

50 Entschließung über die Intensivierung des Lebens der CDU, in: StAF NL Lehr Nr. 1.

glied der Bekennenden Kirche, jetzt Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Südbaden), wogegen unter den Altbadnern Katholiken dominierten. Beispielsweise trat eine Reihe katholischer Priester und nach langem Zögern auch der Erzbischof für die Wiederherstellung des alten Landes Baden ein⁵¹, da man auf Seiten der katholischen Kirche befürchtete, der katholische Einfluss könne in einem potentiellen Südweststaat mit einem in etwa gleichwertigen Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken zurückgedrängt werden – wogegen das alte Baden über einen Katholikenanteil von knapp 60 Prozent verfügt hatte. Folglich drohte auch der katholische Parteiflügel mit Prälat Föhr an der Spitze stets mit der Neugründung der Badischen Zentrumspartei.

Seitens der CDU-Spitze versuchte man den Differenzen innerhalb der eigenen Partei Herr zu werden, indem man sich 1948 auf einen Neutralitätsbeschluss einigte, der den Mitgliedern in der Südweststaatsfrage Meinungsfreiheit gewährte – ein Beschluss, der jedoch ab Herbst 1950 nicht mehr aufrechterhalten werden konnte –, nun setzten sich schließlich die Altbadner innerhalb des Parteivorstandes durch und Persönlichkeiten wie Schneider und Lehr standen kurz vor dem Parteiausschluss, der jedoch aufgrund ihrer Verankerung in der Bundes-CDU verhindert werden konnte⁵². Allerdings wurde Lehr schon 1950 aus dem Landesvorstand gedrängt.

Gerade weil die CDU über die Südweststaatsfrage tief gespalten war, kam es im Februar 1949 in Karlsruhe zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Badner“, die in Nordbaden für die Wiederherstellung des alten Landes Baden der Weimarer Republik werben sollte.⁵³ Bis in den Herbst 1949 bildeten sich in zahlreichen südbadischen Gemeinden und Kreisen ebenfalls pro-badische Gruppierungen; sie schlossen sich im Oktober 1949 in der „Arbeitsgemeinschaft der Badener für das Land Baden, Landesgruppe Oberbaden“ zusammen. Im November schließlich vereinigten sich die beiden nord- und südbadischen Arbeitsgemeinschaften zu einem badischen Landesverband. Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Badner“ war dabei in erster Linie durch die badische Landesregierung, namentlich durch Staatspräsident Wohleb, gefördert worden, der zugleich den Ehrenvorsitz übernahm und folglich auch über Mitspracherechte im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft verfügte. „Die Befürworter des Südweststaates reagierten auf die propagandistischen Tätigkeiten der Altbadner im Gegenzug mit der Bildung einer ‚Vereinigung Südwest‘ unter dem Generalsekretär Albert Maria Lehr (...) in Freiburg im Juni 1949, die in Baden für

51 Bury: Volksentscheid, S. 113–125.

52 Zu den Neutralitätsbeschlüssen vgl. ebd., S. 92–97.

53 Zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Badner vgl. ebd., S. 45–51; vgl. auch Crivelari/Klößler/Oelze/Rügert: Konstanz, S. 62f.

den Südweststaat werben sollte.“⁵⁴ War die „Arbeitsgemeinschaft der Badner“ durch die badische Landesregierung gefördert worden, so standen hinter der „Vereinigung Südwest“ die Staatssekretariate der Regierungen in Tübingen und Stuttgart. Folglich kam es auch in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zur Bildung von Gruppen, die die Südweststaatsgründung propagierten. „Im Mai 1950 wurde schließlich in Karlsruhe die ‚Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg‘ als übergreifende Organisation der Südweststaatsvereinigungen gegründet. Lehr wurde zum Generalsekretär bestimmt.“⁵⁵

Zwar gehörten auch Mitglieder der Landesregierung von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern dem „Hauptausschuss der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ an, doch versahen diese in erster Linie repräsentative Aufgaben⁵⁶ – und waren zudem für das Finanzielle zuständig. Denn während die „Arbeitsgemeinschaft der Badner“ Mitgliedsbeiträge erhob und zudem auf Gelder der badischen Landesregierung angewiesen war, erfolgte die Finanzierung der „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ in erster Linie durch Industriespenden und eben durch Mittel aus Tübingen und Stuttgart.⁵⁷ Da die Südweststaatsanhänger in Südbaden zudem weitgehend isoliert waren, wurde Hilfe aus Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern auch durch Benzingutscheine oder durch die Möglichkeit des Drucks von Broschüren im amerikanischen Sektor gewährt – dadurch konnten diese Broschüren auch die französische Zensur umgehen.⁵⁸ Das eigentliche Herzstück der „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ bildete jedoch der Hauptausschuss mit Lehr als Generalsekretär an der Spitze: Dieser arbeitete dabei eng mit den Staatskanzleien in Stuttgart und Tübingen zusammen. Während diese politisch für die Südweststaatsgründung warben, trat der Hauptausschuss der Arbeitsgemeinschaft auf publizistischem und organisatorischem Sektor hervor. Plakativ ausgedrückt: Lehr leitete die propagandistische Generalstabsarbeit für die Südweststaatsgründung. Hierzu gehörte der Aufbau einer Organisation, die in allen vier Abstimmungsbezirken über eine Geschäftsstelle verfügte (in Tübingen, Stuttgart, Weinheim und Freiburg), über eine weitere, speziell für die Bo-

54 Ebd., S. 63.

55 Ebd.; zur Gründungsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft Südwest bzw. der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg vgl. Bury: Volksentscheid, S. 51–59; Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Vereinigung Baden-Württemberg, Abschnitt Vorgeschichte, in: StAF NL Lehr Nr. 2.

56 Bury: Volksentscheid, S. 56–59.

57 Zur Finanzierung der beiden Arbeitsgemeinschaften sowie zur Aufgabenteilung zwischen der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg und den Landesregierungen in Stuttgart und Tübingen vgl. ebd., S. 82–86 bzw. S. 59–63.

58 Ebd., S. 56.

denseegegend, in Konstanz.⁵⁹ Die Zahl der Geschäftsstellen vermehrte Lehr nach der informatorischen Volksbefragung im Herbst 1950 weiter. Im Vorfeld der Südweststaatsabstimmung vom Dezember 1951 wurden schließlich je zwei bis drei Kreise in einem Geschäftsstellenbezirk zusammengefasst. Die höchste Dichte an Geschäftsstellen musste in den badischen Abstimmungsbezirken erreicht werden, gleichwohl durfte darüber hinaus der württembergische Landesteil nicht vollständig vernachlässigt werden. Durch Präsenz auch in Nordwürttemberg und Württemberg–Hohenzollern musste klargestellt werden, dass die Südweststaatsgründung ein gemeinsames Anliegen war.

Für die Ebene unterhalb der Geschäftsstellenbezirke regte Lehr erfolgreich an, örtliche Aktionsausschüsse ins Leben zu rufen, die sich überparteilich und aus Vertretern aller gesellschaftlichen Schichten zusammensetzten und jeweils die Vorbereitung von Versammlungen als zentralem Propagandainstrument der Südweststaatsanhänger übernahmen.⁶⁰ Versammlungen der Südweststaatsbefürworter hatten dabei stets Diskussionscharakter. Es war das ausdrückliche Ziel, durch rationale Argumente den Wählern die wirtschaftlichen Vorteile der Südweststaatsgründung vor Augen zu führen. Dagegen hatten Versammlungen der Altbadner, wie aus Lehrs Umfeld höhnisch bemerkt wurde, grundsätzlich Kundgebungscharakter und erinnerten auf diese Art und Weise mehr an Versammlungen in totalitären Regimen.

Über die Organisation eigener Versammlungen hinaus sollten Versammlungen der Altbadner gezielt gestört oder aber durch den Einsatz besonders geschulter Diskussionsredner sozusagen in Südweststaatskundgebungen umgebogen werden.⁶¹ In diesem Zusammenhang hatte Lehr die Aufgabe, das Schulungsmaterial, oder wenn man so möchte, Rednerskizzen für die Südweststaatsanhänger zusammenzustellen, Vertrauensmänner in den einzelnen Gemeinden ausfindig zu machen, in Konferenzen zu schulen und deren Tätigkeit aufeinander abzustimmen.

Neben Versammlungen als Mittel der Propaganda traten Flugblätter und Schriften, in denen für die Sache des Südweststaates geworben werden sollte.⁶² Dabei galt es auch, Kontakte zu Zeitungen zu knüpfen. Hier musste man jedoch feststellen, dass in Nordbaden die Zeitungen in etwa gleichmäßig ihre Spalten Gegnern und Befürwortern der Südweststaatsgründung öffneten, während es in Südbaden nicht immer ganz leicht fiel, südweststaatsfreundliche Artikel in den Zeitungen unterzubringen. Zur Information der Zeitungen gab Lehr im Jahr 1950 die „Südweststaatsinformation mit dem Südweststaats-

59 Zum Folgenden vgl. Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Vereinigung Baden-Württemberg, Abschnitt Geschäftsstellen.

60 Ebd., Abschnitt Geschäftsstellen.

61 Ebd., Abschnitt Öffentliche Versammlungen/Vertrauensmännerkontroversen.

62 Zum Folgenden: ebd., Abschnitt Drucksachen; auch Bury: Volksentscheid, S. 69–74.

ABC“ (Folge 1–7) heraus, die im Jahr 1951 durch den „Informationsdienst“ (Folge 1–19) abgelöst wurde. Zudem wurden vom Generalsekretariat gleich zwei eigene Zeitschriften veröffentlicht. Wenig Erfolg war dem „Südwestecho“ beschert, umso durchschlagender war dagegen die Zeitschrift „Vom See zum Main, Südwestdeutsches Echo“. Im Abschlussbericht der „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ wurde gerade diese Zeitschrift als die „schärfste und durchschlagendste Waffe“ gerühmt, die in über 12 Wochen in 162.000 Exemplaren „nach einem präzise arbeitenden System von Zeitungsträgern verteilt wurde“⁶³, wobei insbesondere Haushalte beliefert worden seien, in denen man Gegner des Südweststaates oder Leute, die dem Südweststaatsgedanken gleichgültig gegenüber standen, vermutete.

Neben Zeitungsartikeln bzw. eigenen Zeitschriften der Arbeitsgemeinschaft trat Lehr auch als Autor von Flugschriften hervor, so der Schrift „Baden am Scheideweg“, in der u. a. Parlamentsreden von Südweststaatsbefürwortern abgedruckt waren, in denen stichhaltig nochmals alle Argumente für die Südweststaatsgründung aufgeführt wurden. In einer weiteren Broschüre zum Thema „Katholiken und Südweststaat“ sollte den südweststaatsfeindlichen Äußerungen zahlreicher, vor allem nordbadischer, Geistlicher entgegengetreten werden⁶⁴, wie auch der Äußerung des Freiburger Erzbischofs, der sich persönlich für die Wiederherstellung des alten Badens ausgesprochen hatte. Lehr versuchte dabei aufzuzeigen, dass dies keine offizielle Stellungnahme der Kirche, sondern eine Privatmeinung des Erzbischofs Rauch sei. Dieser wurde das Votum des Vatikans gegenübergestellt, der im „Osservatore Romano“ keine Bedenken gegen die Südweststaatsgründung geäußert hatte, und auch die Haltung des Bischofs von Rottenburg-Stuttgart, Carl Joseph Leiprecht, wurde angeführt, der seine ausdrücklich neutrale Position in der Südweststaatsfrage betont hatte.⁶⁵

Über die Organisation von Versammlungen, den Einsatz von Plakaten⁶⁶ und die Verteilung von Flugschriften hinaus war Lehr stets darum bemüht, durch außergewöhnliche Ideen die Aufmerksamkeit der Wähler zu gewinnen und auf diese Weise für die Südweststaatsgründung zu mobilisieren. Hierzu gehörte der Einsatz von Lautsprecherwagen: 1950 waren zwei Lautsprecherwagen im

63 Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Abschnitt Drucksachen; auch Bury: Volksentscheid, S. 73.

64 Zu den Differenzen zwischen Lehr und Pfarrer Magnani, einem der führenden Repräsentanten der Altbadner innerhalb des Klerus vgl. Hörmann: Interview Lehr, I, I S. 3, 16.

65 Zur hier skizzierten Argumentation vgl. neben den genannten Schriften Lehrs auch StAF Plakat 25. Informationsdienst. Herausgegeben vom Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg, Nr. 18 vom 29. November 1951 sowie Bury: Volksentscheid, S. 122–125.

66 Zu Einsatz und Gestaltung der Plakate: Vgl. Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Abschnitt Plakate; Bury: Volksentscheid, S. 75–77.

Einsatz, die insgesamt 6.200 Kilometer zurücklegten; deren Zahl wurde 1951 auf sechs erhöht, wobei nunmehr über 24.000 Kilometer bewältigt wurden.⁶⁷ Aufsehen erregte Lehr, der selbst viele Tausend Kilometer in einem der Lautsprecherwagen absolvierte, jedoch auch durch andere spektakuläre Aktionen, beispielsweise durch das Mittel der Wiesendüngung. Durch eine besonders starke Düngermischung gelang es, auf mehrere Wiesen in der Nähe Freiburgs in sechs bis fünfundzwanzig Meter hohen Buchstaben das Wort „Südweststaat“ aufzuschreiben;⁶⁸ über dem Freiburger Marktplatz wurde zur Verärgerung der Altbadner eine Reklamebombe mit Südweststaatswerbung geöffnet und die Bandenwerbung beim Schauinslandrennen 1951 wurde auch durch Südweststaatswerbung dominiert.⁶⁹ Bei alledem garantierte Lehr auch durch einen Radioabhör- und Presseinformationsdienst, der ständig im Generalsekretariat geführt wurde, den Altbadnern immer einen Schritt voraus zu sein, war man doch auf diese Weise bestens informiert und konnte auf deren Veröffentlichungen postwendend antworten.⁷⁰

Am Ende war Lehr Sieger und Verlierer der Südweststaatsabstimmung zugleich. Im Abstimmungsbezirk Nordbaden sprachen sich etwas über 57 Prozent der Wähler für die Bildung des Südweststaates aus, die gesetzlichen Bestimmungen für dessen Schaffung waren somit erreicht. Das Land erhielt ein Jahr später den Namen Baden-Württemberg. Lehr konnte in Anspruch nehmen, sogar für den Namen Pate gestanden zu haben, hatte er doch die Bezeichnung der Organisation „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“ geprägt. Politisch gedankt wurde ihm für seinen Einsatz jedoch nicht: Auf Veranlassung von Gebhard Müller, der darum bemüht war, die Altbadner in die CDU-Landtagsfraktion einzubinden, wurden diese bei der Verteilung „sicherer Mandate“ in Südbaden bevorzugt, Südweststaatsanhänger gingen bis auf den Konstanzer Bürgermeister Schneider und einen weiteren Konstanzer Abgeordneten dagegen leer aus.⁷¹ Auch konnte sich Ministerpräsident Reinhold Maier mit dem Vorschlag, Lehr als südbadischen Regierungspräsidenten zu berufen, nicht durchsetzen. Vielmehr, so Lehr, habe die südbadische FDP auf der Ernennung ihres Spitzenrepräsentanten Paul Waeldin bestanden, denn dieser habe das Einkommen gebraucht, nachdem sein Lederwarengeschäft finanziell ruiniert gewesen sei.⁷² Finanziell ruiniert war jedoch auch Lehrs Ingenieurbüro, denn Lehr hatte sich mit seiner ehrenamtlichen Tä-

67 Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Abschnitt Lautsprecher.

68 Ebd., Abschnitt Sonstige Werbemittel.

69 Zu diesen beiden Werbemitteln vgl. ebd., Abschnitt Plakate; Bury: Volksentscheid, S. 79.

70 Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Abschnitt Presse u. Nachrichtenbüros, sowie Abschnitt Rundfunk.

71 Hörmann, Interview Lehr, I, II S. 1f.

72 Ebd., I, II S. 2f.

tigkeit übernommen und konnte erst ab Mitte der fünfziger Jahre sein Büro zu einer wirtschaftlichen Blüte bringen.⁷³

4. Freiburgs „erster Wirtschaftsförderer“ und „Enfant terrible“ der Kommunalpolitik

In der Freiburger Kommunalpolitik ergab sich für Lehr 1954 eine neue Aufgabe, als ihm die „Arbeitsgruppe Industrieansiedlung“ übertragen wurde. In dieser Funktion konnte er erneut seine überragende organisatorische Begabung unter Beweis stellen, wurde am Ende jedoch Opfer von Auseinandersetzungen mit persönlichen Gegnern.

Die Stadt Freiburg war ursprünglich alles andere als industriell geprägt, hatte es aber gleichwohl im ausgehenden 19. Jahrhundert zu beträchtlichem Wohlstand gebracht.⁷⁴ Dies hing in erster Linie mit dem Ausbruch der Cholera in Hamburg zusammen, was dazu führte, dass zahlreiche wohlhabende Pensionäre, so höhere Beamte, Generäle, Diplomaten usw., aus Norddeutschland auswichen und sich in Freiburg ansiedelten, kurz: Freiburg galt als „Pensionopolis“. Zudem war Freiburg Dienstleistungsstandort und Verwaltungssitz; hier waren die Universität, das Ordinariat, etliche Behörden und Gerichte ansässig. Industrieansiedlungen spielten dagegen in der Breisgaumetropole nur eine nachgeordnete Rolle – schon in der Weimarer Zeit waren diese nur sehr bedingt möglich gewesen, lag die Stadt doch damals innerhalb der durch den Versailler Vertrag festgelegten entmilitarisierten Zone. Überhaupt war die wirtschaftliche Entwicklung Badens in der Weimarer Zeit überaus ungünstig. Durch den Versailler Vertrag war Elsaß-Lothringen an Frankreich gefallen, womit ein wichtiger Absatzmarkt für badische Produkte wegfiel – allenthalben war von der „Grenzlandnot“ die Rede. Auch die Nachkriegsjahre waren in Freiburg durch äußerste wirtschaftliche Not geprägt: Einerseits war die Stadt im November 1944 bei einem Luftangriff weitgehend zerstört worden, weitere Belastungen der Nachkriegszeit entstanden andererseits durch Requirierungsmaßnahmen der französischen Besatzungsmacht; außerdem hatte die Stadt für den Unterhalt von Regierung, Parlament, Verwaltung usw. aufkommen müssen.⁷⁵ Wenn sich auch die badische Staatsregierung um eine Reihe von Förder-

73 Zudem sah sich Lehr aufgrund seines Eintretens für den Südweststaat auch geschäftlich Schikanen ausgesetzt wie Beschädigungen von Rohbauten der Firma Lehr, Nichtberücksichtigung bei staatlichen bzw. städtischen Aufträgen und Anzeigen wegen Verunglimpfung u. ä., vgl. ebd., I, I S. 15f. und 7.

74 Zur Entwicklung Freiburgs im 19. Jahrhundert zur Stadt der Pensionäre vgl. Heiko Hausmann/Hans Schadek (Hg.): Geschichte der Stadt Freiburg. Band 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart. Stuttgart 2002, S. 165ff.

75 Zur wirtschaftlichen Not Freiburgs in der Nachkriegszeit vgl. ebd., S. 371–386, 393–400 (hier zur Beanspruchung der Stadt durch die Besatzungsmacht).

maßnahmen zur Ansiedelung von Industrie bemühte, so versäumte man in Freiburg, diese Programme wahrzunehmen, so dass man 1953 von einer planmäßig vollzogenen Industrialisierung kaum sprechen konnte.⁷⁶

Innerhalb von fünf Jahren gelang es Lehr, diesen Zustand grundsätzlich zu ändern, selbst unter seinen Gegnern musste man anerkennen, dass er als Leiter der Industrieansiedlung Freiburg eine eigene Epoche prägte, ja Zeitgenossen waren überzeugt, man würde einmal von einer „Ära Lehr“⁷⁷ in der Geschichte der Stadtentwicklung sprechen. Gestützt auf seine Kontakte als Ingenieur gelang es Lehr, zwei neue Gewerbegebiete im Norden und Süden der Stadt zu erschließen. In diesen wurden 42 Betriebe neu angesiedelt, daneben errichteten 80 bereits eingesehene Betriebe hier Neu- oder Erweiterungsbauten. Auf diese Weise gelang es Lehr, über 2100 neue Arbeitsplätze in Freiburg zu schaffen, so dass der Rückstand zu anderen Gemeinden Südbadens schnell ausgeglichen werden konnte.⁷⁸

Jedoch auch bei dieser Tätigkeit sah sich Lehr schon bald Konflikten ausgesetzt. Immerhin, 1956 wurde Lehr noch der ausdrückliche Dank des Gemeinderates für seine Tätigkeit bei der Industrieansiedlung ausgesprochen.⁷⁹ Jedoch kamen 1959 erstmals Gerüchte auf, Lehr habe seine Stellung bei der Industrieansiedlung missbraucht, um sich persönliche Vorteile – konkret: zusätzliche Aufträge für sein Ingenieurbüro – zu verschaffen. Folglich legte Lehr sein Amt nieder, während es gleichzeitig zur Einsetzung einer Untersuchungskommission des Stadtrates kam, und auch seitens der Staatsanwaltschaft ging man den Vorwürfen gegen Lehr nach. Beides endete ohne Ergebnis. Einen substantiellen Gesetzesverstoß konnten weder der Untersuchungsausschuss noch die Staatsanwaltschaft nachweisen, so dass im Gemeinderat im Januar 1961 erneut beschlossen wurde, Lehr mit Fragen der Industrieansiedlung in der Breisgau-metropole zu betrauen. Zugleich sicherte man sich dahingehend ab, dass Lehr ausdrücklich erklären musste, keine Aufträge von Unternehmen, für die er nicht schon ohnehin tätig gewesen war und mit denen er durch seine Tätigkeit für die Stadt in Kontakt getreten war, annehmen werde. Auch wurde er nunmehr in Fragen der Industrieansiedlung zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters berufen. Vorausgegangen war der neuerlichen Wahl Lehrs nochmals

76 Vgl. Nationalzeitung Basel Nr. 130, 20. März 1962.

77 Badische Zeitung Nr. 73, 28. März 1962.

78 Zu den Erfolgen Lehrs bei der Industrieansiedlung vgl. Nationalzeitung Basel Nr. 130, 20. März 1962, Freiburger Wochenspiegel Nr. 11, 15./16. März 1962; vgl. auch Schreiben Albert Maria Lehr an den Bürgermeister der Stadt Freiburg i. Br. Friedrich Schieler, 14. März 1962, Betreff: Organisation der Industrieansiedlung, in: StAF NL Lehr Nr. 10.

79 Zur folgend geschilderten Kontroverse um die Rolle Lehrs: Freiburger Wochenspiegel, 12./13. April 1962, 29./30. März 1962; Basler Nationalzeitung Nr. 154, 3. April 1962; Badische Zeitung, 25. Januar 1961, 28. März 1962; Freiburger Stadtanzeiger, 22. März 1962, 2. März 1961.

ein umfangreiches Gutachten, in dem er erneut sehr konkrete Pläne für weitere Schritte einer verstärkten Industrialisierung Freiburgs vorgelegt hatte.⁸⁰

Dies schien umso notwendiger, als zwischen 1959 und 1961, also nach seinem Abgang, die Bemühungen um eine Industrialisierung in Freiburg wieder weitgehend zum Erliegen gekommen waren und kaum mehr neue Firmen in Freiburg angesiedelt werden konnten. So beklagte Lehr, dass in der zwischen 1959 und 1961 von einem städtischen Beamten geleiteten Industriekommission eine zu starke Bürokratisierung Einzug gehalten habe. Durch eine Fülle von Kontrollmechanismen würde die Industrieansiedlung förmlich ausgebremst. Mit Sorge stellte Lehr fest, dass zudem in der näheren Umgebung die Industrieansiedlung konsequent vorangeführt werde und neue industrielle Schwerpunkte, u. a. im Raume Kirchzarten, zwischen Gottenheim und Breisach sowie bei Waldkirch entstünden, Freiburg drohe zurückzufallen. Für all diese neuen industriellen Zentren im Umfeld Freiburgs, so die Analyse Lehrs, habe die Breisgauemetropole die kulturellen Lasten zu tragen, ohne zugleich am wachsenden Gewerbesteueraufkommen Anteil zu haben. Auch dürfe man in Freiburg nicht damit rechnen, die Rolle eines Einkaufszentrums für die nunmehr stärker industrialisierte Umgebung wahrnehmen zu können. Denn auch hier seien sehr schnell eigenständige Einkaufsviertel entstanden. Das Ziel künftiger Arbeit, so Lehr, müsse nun in einer gründlichen Ausdehnung der Werbetätigkeit bestehen, wobei auch industrielle Unternehmungen aus anderen EWG-Ländern wie auch aus den USA, sei es durch flächendeckende Werbung oder geschickt geführte Einzelgespräche, nach Freiburg geholt werden sollten. Wichtig erschien vor allem jedoch eine stärkere persönliche Fühlungnahme; so warf er der Stadtverwaltung vor, in den knapp zwei Jahren seiner Abwesenheit Kontakte zu Behörden sowie zum Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg vernachlässigt und dadurch Chancen für Großprojekte verpasst zu haben. Stattdessen seien die beiden vorangegangenen Jahre geprägt gewesen, durch „bürokratische Sicherheitszäune, Vorsichtsmaßnahmen, vorsorgliche Abschirmungen gegen etwaige spätere Angriffe, Tagesordnungen, Protokolle, Rückfragen, Berichte, Hin- und Herschieben der Akten zwischen den einzelnen Stellen“ – ohne greifbares Ergebnis.⁸¹ Für die Zukunft wollte Lehr den Wohnungsbau vorantreiben und zudem in verstärktem Maße Arbeitskräfte der im Niedergang begriffenen südbadischen Landwirtschaft umschulen. Gerade hierin sah er eine große Chance, neue Potentiale freizusetzen. Abschließend mahnte Lehr seine Stadtratskollegen, dass gerade jetzt in der Hochkonjunktur neue Strukturen geschaffen werden müssten, von deren Vorhandensein man in etwaigen Krisenzeiten noch profitieren werde.

80 Zum Folgenden vgl. Albert Maria Lehr: Denkschrift über die Weiterführung der Industrialisierung, 6. September 1960, in: StAF NL Lehr Nr. 10.

81 Ebd.

Wenn auch Lehr 1961 nochmals mit der Industrieansiedlung beauftragt wurde, so war die Debatte um seine Person gleichwohl kontrovers geblieben. Die Bestellung zum Vorsitzenden der Industriekommission erfolgte mit einer denkbar knappen Mehrheit. 14 Mitglieder des Stadtrates stimmten für die Wahl Lehrs, 14 gegen ihn, sodass schließlich das Votum des Oberbürgermeisters zu Gunsten Lehrs den Ausschlag gab.

Dennoch wurde der Gemeinderatsbeschluss am Ende nicht vollzogen, denn die Stadtratsfraktionen der Freien Wähler Gemeinschaft (FWG) und des Freiburgblockes (FB) legten gegen den Beschluss Beschwerde beim Regierungspräsidium ein.⁸² Einerseits, so der Vorwurf von FWG und FB, bestehe noch immer die Möglichkeit für Lehr, sich Vorteile aus seiner Tätigkeit für die Industrieansiedlung zu verschaffen, andererseits wurde kritisiert, dass Lehr die Funktion eines Stellvertreters des Oberbürgermeisters in Fragen der Industrieansiedlung wahrnahm. Lehr könne nicht ein Exekutivamt übernehmen, da ihm als Stadtrat die Kontrolle der Exekutive, deren Mitglied er selbst war, übertragen sei. Die Industriekommission und die Funktion eines Stellvertreters des Oberbürgermeisters, so FWG und FB, könne nur ein städtischer Beamter übernehmen. Das Regierungspräsidium schloss sich dieser Position letztlich uneingeschränkt an, enttäuscht zog Lehr sein Engagement in Fragen der Industrieansiedlung im März 1962 zurück⁸³.

Während sich in Fragen der Industrieansiedlung die Verdienste Lehrs kaum bestreiten lassen und auch von seinen Gegnern anerkannt werden mussten, so hat Lehr am Ende dennoch selbst dazu beigetragen, dass er in den 1960er Jahren in der Freiburger Kommunalpolitik als Störenfried und Querulant angesehen wurde. Ausgangspunkt hierfür war die schwere Erkrankung von Oberbürgermeister Josef Brandel (CDU), die bereits im Jahr 1961 erkennen ließ, dass dieser sein Amt schon bald nicht mehr würde wahrnehmen können.⁸⁴ Lehr veranlasste daher 1961 durch das Allensbacher Institut eine Umfrage; in dieser wurden die Freiburger Wähler befragt, ob sie bereits von der Erkrankung Brandels gehört hätten und ob, im Falle seines Rücktrittes, Lehr oder Bürgermeister Dr. Graf (ebenfalls CDU) der geeignete Nachfolger sei. Da die Umfrage allgemein als geschmack- und taktlos empfunden wurde, wurde sie schon nach kurzer Zeit wieder eingestellt. Während das Allensbacher Institut keinerlei Angaben über den Auftraggeber machte, stritt Lehr zunächst konsequent ab, der Initiator der Umfrage gewesen zu sein. Dies änderte sich 1962, als Lehr plötzlich freimütig bekannte, die Umfrage in Auftrag gegeben zu haben, um sich

82 Vgl. Anm. 79, insbes. Freiburger Stadtanzeiger, 2. März 1961.

83 Freiburger Stadtanzeiger, 22. März 1962 (hier die Perspektive der Gegner Lehrs); Freiburger Wochenspiegel, 15./16. März 1962 (hier die Erklärung Lehrs sowie Albert Maria Lehr an das Bürgermeisteramt der Stadt Freiburg i. Br.: Bürgermeister Fritz Schieler: 14. März 1962).

84 Zum Folgenden vgl. Der Spiegel Nr. 42, 17. Oktober 1962.

mit den Mitteln der Demoskopie ein Bild über die Ansichten der Wähler zu verschaffen. Nahezu postwendend erfolgte der (später wieder revidierte) Ausschluss aus der CDU-Stadtratsfraktion wie auch aus der Partei, der Lehr tatsächlich massiv geschadet hatte: Da auch Dr. Graf mit der Umfrage in Verbindung gebracht wurde, war dieser schließlich chancenlos gegen seinen Mitbewerber Eugen Keidel (SPD). Erstmals hatte die CDU in der Nachkriegszeit das Amt des Oberbürgermeisters in Freiburg verloren – und sollte es bis heute nicht mehr wiedererobern. Lehr war, wie der „Spiegel“ gehässig feststellte, zum besten Wahlhelfer des Sozialdemokraten Keidel geworden und hatte ein „Lehr-Stück“ gegeben, wie durch parteiinterne Zwietracht und Auseinandersetzungen eine über Jahre als sicher erachtete Machtposition verloren gehen konnte. Ohne Rückhalt bei seiner Partei bedeuteten die Kommunalwahlen des Jahres 1965 endgültig das Ende von Lehrs politischer Karriere.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Freiburger Gemeindepapament hat Lehr sich weiterhin politisch zu Wort gemeldet. Dies gilt in erster Linie mit Blick auf Fragen der Verkehrsführung und des Bauwesens, u. a. hat er sich zum Ausbau der B 31-Ost und zum Erhalt des Freiburger Flughafens geäußert.⁸⁵ Vor allem aber ist Lehr nach seinem Ausscheiden aus der Kommunalpolitik durch sein sozial-karikatives Engagement hervorgetreten. So half er 1969 im Auftrag der Caritas Internationalis beim Wiederaufbau zahlreicher Gotteshäuser und anderer kirchlicher Einrichtungen im Raum Banja Luka, wo zuvor in Folge eines schweren Erdbebens massive Zerstörungen angerichtet worden waren.⁸⁶ Nach dem Tod seiner Frau ist Lehr 1982 in den geistlichen Stand übergetreten und hat sich zum Priester der Diözese Banja Luka weihen lassen.

Bilanz und Würdigung

Anlässlich des 80. Geburtstages von Albert Maria Lehr würdigte Heinz Müller-Brandeck, der gemeinsam mit Lehr an der Gründung der JU in Freiburg beteiligt war und mit diesem auch gemeinsam für die Südweststaatsgründung eingetreten war, Albert Maria Lehr als „einen vielschichtigen und schwierigen Menschen (...) Seine politische Leidenschaft und sein Festhalten an Standpunkten, die er für richtig hielt, hat ihm stets Feinde, zumindest potente Gegner, eingebracht“⁸⁷. Mit dieser Charakterisierung werden Persönlichkeit und Wirken Lehrs durchaus treffend beschrieben. Ähnliche Worte der Anerken-

85 Vgl. Ungern-Sternberg: Um unsere Stadt verdient gemacht, S. 42; Hans Müller-Brandeck: Erinnerungen und Wünsche eines Weggefährten, in: 80 Lebensjahre, S. 30–36, hier S. 36.

86 Zum Engagement Lehrs beim Kirchenbau in Bosnien vgl. Lehr: Dank und Rückblick, S. 60. Vgl. auch: Albert Maria Lehr: Kirche an der Bosna – Reiseberichte und Notizen. Freiburg 1973.

87 Müller-Brandeck: Erinnerungen und Wünsche, S. 36.

nung fand auch der damalige Freiburger Bürgermeister, Sven von Ungern-Sternberg, der mehrfach in seiner Laudatio hervorhob, dass es sich bei Lehr um eine Persönlichkeit handele, die Kommunalgeschichte gemacht habe, vielfach umstritten, auch Jahrzehnte nach dem Ende seiner politischen Wirksamkeit, eine Persönlichkeit, die polarisiere, aber mit überaus hohen Verdiensten für die Stadt wie auch für Südbaden.⁸⁸ Tatsächlich gilt für Lehr, dass er in der Zeit seiner politischen Wirksamkeit „mit der ganzen Kraft der Persönlichkeit gegen den Strom geschwommen ist“⁸⁹. Gegen den Strom geschwommen ist Lehr 1945, als er durchsetzte, als Bürgermeister von Lenzkirch nicht die Interessen der Franzosen, sondern vielmehr die der Gemeindebürger zu vertreten; gegen den Strom geschwommen ist Lehr als Spitzenvertreter der JU Südbaden im Konflikt mit dem CDU-Landesvorstand und schließlich als einer der wenigen südbadischen Vorkämpfer für die Gründung des Südweststaates. Bei alledem erwies sich Lehr als herausragender Organisator, dem es gelungen ist, soweit als eben möglich, die Nachkriegsnot in Lenzkirch zu meistern bzw. innerhalb nur weniger Monate eine schlagkräftige Vereinigung, die oft mit spektakulären Aktionen für die Gründung des Südweststaates warb, auf die Beine zu stellen. Genauso beschritt Lehr in Freiburg bis dahin unbekannte Wege in der Industriensiedlung und trieb diese binnen weniger Jahre effektiv voran. Dabei hatte Lehr ein sicheres Gespür für zukunftsweisende Entwicklungen: vollkommen zu Recht hat er als einer der Gründerväter der CDU im Kreis Neustadt und schließlich im Land Baden erkannt, dass das Konzept der Zentrumspartei überlebt war und dass die Isolierung der Katholiken bzw. damit verbunden die starke Aufsplitterung des Parteiensystems in der Weimarer Zeit einer der Gründe für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie war. In diesem Sinne hat er sich frühzeitig und am Ende erfolgreich für die Bildung der Union als Partei beider christlicher Konfessionen eingesetzt. In gleicher Weise erkannte Lehr, dass das Land Baden wirtschaftlich alleine kaum überlebensfähig war und dass es unbedingt eines Zusammengehens der drei südwestdeutschen Nachkriegsländer bedurfte. Zukunftsweisende Initiativen hat Lehr schließlich auch in der Förderung der Industriensiedlung in Freiburg beschritten.

Gerade weil Lehr manchem Zeitgenossen immer einen Schritt voraus war und sich mit großem Nachdruck und häufig sehr robust für seine Konzepte einsetzte, schuf er sich eine ganze Reihe von Gegnern, ja Feinden, die letztlich seinen weiteren politischen Aufstieg verhinderten. Folglich gelang es Lehr nicht, 1952 in den Landtag des Landes Baden-Württemberg einzuziehen oder das Amt des Regierungspräsidenten in Freiburg zu übernehmen – und dies, obwohl gerade er in Südbaden mit größtem Nachdruck für die Südweststaatsgründung geworben hatte.

88 Ungern-Sternberg: Um unsere Stadt verdient gemacht, S. 43.

89 Ebd., S. 39.

Neben seiner politischen Tätigkeit darf freilich auch der Mensch, Ingenieur und Architekt Albert Maria Lehr nicht in Vergessenheit geraten. Ohne Zweifel war das gesamte politische Handeln Lehrs geprägt durch seine tiefe Verbindung mit der katholischen Kirche, genauso wie andererseits Lehr als Architekt und Ingenieur das Bild seiner Heimatstadt Freiburg geprägt hat. Hinzu tritt die Mitarbeit Lehrs am Bau oder Wiederaufbau zahlreicher Kirchen und Kapellen, insbesondere in Bosnien, wo sich Lehr bleibende Verdienste um die Beseitigung von Schäden in der Erdbebenregion um Banja Luka nach 1969 erworben hat.